

# **NIEDERSCHRIFT**

über die 5. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 27.08.2018

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr; Ende der Sitzung: 21:40 Uhr

## **Anwesend**

### **Die Stadtverordnetenvorsteherin**

Margarete Hartmann (CDU) ,

### **Die stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher**

Franz-Josef Heimann (CDU) , Bernhard Hohmann (CWE) , Bernhard Lindner (SPD) ,

## **Die Mitglieder**

### **Christlich Demokratische Union**

Dipl.-Kfm. Hans-Dieter Alt, Patricia Fehrmann, Stefan Frauenholz, Dipl.-Ing. Michael Gehring, Markus Günther, Dorothee Hauck-Hiersch, Thomas Hering, Dipl.-Ing. Architekt Michael Hodes, Norbert Jehn, Detlef Jestädt, Susanne Jobst, Heike Kleemann, Sebastian Klingenberger, Walter Krah, Helena Ludwig-Walz, Johannes Orth, Luca Pfeifer, Dr. Albert Post, Michael Ruppel, Esther Schmitt-Eckart, Felix Statt, Dr. Marion Wagner, Andrea Werner, Dipl.-Volkswirt Steffen Werner, Margarete Ziegler-Raschdorf,

### **Sozialdemokratische Partei Deutschlands**

Edith Bing, Rose Finkler, Dipl.-Ing. Michael Herrlich, Florian Hütsch, Dipl.-Ing. Peter Jenne-  
mann, Peter Makowka, Hans-Joachim Tritschler, Jonathan Wulff,

### **Bündnis 90/Die Grünen**

Silvia Brünnel, Dipl.-Ing. Pia Groß, Knut Heiland, Hashem Savoji, Ernst Sporer, Ralf Zwengel,

### **Die Linke.Offene Liste / Menschen für Fulda**

Dajana Andre, Stefan Jahn, Karin Masche, Ute Riebold, Dr. Ing. Naim Wardak,

### **Christliche Wählereinheit**

Martin Jahn, Norbert Reichardt, Pia Maria Schindler,

### **Freie Demokratische Partei**

Michael Thomas Grosch, Helge Mühr, Dipl.-Ing. Architekt Thilo E. Sprengel, Klaus von Rhein,

### **Die Republikaner**

Jens Kubesch, Anton Josef Rummel, Gerhard Schneider,

### **Ohne Fraktion**

Kay Wehner,

### **Vom Magistrat**

Oberbürgermeister Dr. Heiko Wingenfeld, Bürgermeister Dag Wehner, Stadtbaurat Daniel Schreiner, die Stadträtinnen/Stadträte Wolfgang Arnold, Stefan Grauel, Sibylle Herbert, Christa

Joa-Sporer, Rainer Kohlstruck, Rita Lehmkuhl, Lothar Plappert, Eva-Maria Scholl-Utz, Gerhard Stollberg, Michael von Weyhe, Heidelinde Weinberger

### **Vom Ausländerbeirat**

Abdulkerim Demir

### **Vertreterin des Behindertenbeirates**

Elvira Storch

### **Vom Ausländerbeirat**

---

Die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wird von Frau Stadtverordnetenvorsteherin Margarete Hartmann eröffnet. Sie stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen worden und die Stadtverordnetenversammlung gemäß § 53 Abs. 1 HGO beschlussfähig ist.

### **Tagesordnung:**

Die Tagesordnungspunkte 261/2018 und 245/2018 werden gem. § 4 Abs. 3 der Geschäftsordnung von der TO II auf die TO I umgesetzt, da sie im Haupt- und Finanzausschuss mit Gegenstimmen beschlossen wurden.

Entsprechend der generellen Verfahrensweise werden dann zunächst die restlichen Beratungsgegenstände der Tagesordnung II aufgerufen. Sie sind nachfolgend aufgeführt:

### **Tagesordnung II**

#### **260/2018 SVV**

Bericht zur Haushaltswirtschaft 2018 gemäß § 28 GemHVO

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Bericht zur Haushaltswirtschaft 2018 – Ergebnis- und Finanzhaushalt – zum 30.06.2018 zur Kenntnis.

Zur Kenntnis genommen

#### **262/2018 SVV**

Einstellbedingungen für Parkhäuser, Tiefgaragen und Parkplätze des Magistrats der Stadt Fulda, Eigenbetrieb „Parkstätten, Energie und Wasser Fulda“

Die Neufassung der Einstellbedingungen für den Eigenbetrieb „Parkstätten, Energie und Wasser Fulda“ wird gemäß der in der Vorlage als Anlage beigefügten Einstellbedingungen für Parkhäuser, Tiefgaragen und Parkplätze beschlossen. Die Vorlage ist insoweit Bestandteil des Beschlusses.

Es wird weiterhin beschlossen, den Titel der Einstellbedingungen um die Bezeichnung „für Kraftfahrzeuge“ zu ergänzen. Dieser lautet dann wie folgt:

**„Einstellbedingungen für Kraftfahrzeuge für PARKHÄUSER, TIEFGARAGEN UND PARKPLÄTZE des Magistrats der Stadt Fulda, Eigenbetrieb, „Parkstätten Energie und Wasser Fulda“**

Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

#### **224/2018 SVV**

Einrichtung eines Ganztagsangebots des Profil I an der Landgräfin-Anna-Schule (gemäß § 15 i. V. m. § 146 Hess. Schulgesetz)

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass auf der Grundlage des vorliegenden Antrags und päd. Konzepts der Landgräfin-Anna-Schule die Aufnahme der Schule in das Projekt „Ganztagschule nach Maß“ ab dem Schuljahr 2019/20 beim Hessischen Kultusministerium beantragt wird. Mit der Aufnahme in das Landesprogramm verpflichtet sich das Land Hessen zur finanziellen und personellen Ausstattung der Mittagsbetreuung.

Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

### **223/2018 SVV**

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen im II. Quartal 2018

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die im II. Quartal 2018 angefallenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen unter Bezugnahme auf die Beschlüsse Nr. 48/81 bzw. 111/81 zur Kenntnis.

#### Finanzhaushalt

Außerplanmäßig            220.000,-- €

Über die Deckung dieser Aufwendungen/Auszahlungen haben die städtischen Körperschaften bereits im Zusammenhang mit den Einzelvorlagen entschieden.

Zur Kenntnis genommen

## **Tagesordnung I**

### **233/2018 SVV**

Bebauungsplan der Stadt Fulda, Stadtteil Haimbach, Nr. 8, „zwischen Merkurstraße und Fuchsstraße“.

- Beschluss über die Ergebnisse der erneuten Offenlage gemäß § 3 (2) und § 4 (2) BauGB
- Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

- über die im Rahmen der erneuten Offenlegung eingegangenen Anregungen und Bedenken entsprechend des beigefügten Abwägungsvorschlags.
- den Bebauungsplan der Stadt Fulda, Stadtteil Haimbach, Nr. 8, „zwischen Merkurstraße und Fuchsstraße“ als Satzung.

Einem Vorschlag der Verwaltung folgend, sollen die Straßenbenennungen in Erinnerung an die deutsch-amerikanische Freundschaft vorgenommen werden.

Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

### **234/2018 SVV**

4. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Fulda, Stadtteil Haimbach „Sportplatz Haimbach“

- Beschluss über die Ergebnisse der Erstbeteiligung
- Beschluss über die Offenlegung gemäß §3 (2) und §4 (2) BauGB

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

- über die im Rahmen der Erstbeteiligung der Bürgerinnen und Bürger und der Behörden eingegangenen Anregungen und Bedenken entsprechend der beigefügten Abwägungsvorschläge sowie
- die Offenlegung des Entwurfs zur 4. Änderung des Flächennutzungsplanes „Sportplatz Haimbach“ gemäß §§ 3 (2) und 4 (2) BauGB im Stadtteil Haimbach

Die Abgrenzung des Änderungsbereiches ist der Planunterlage sowie der nachfolgenden Gebietsbeschreibung zu entnehmen:

Das Plangebiet umfasst insgesamt eine Fläche von knapp 2 ha und liegt i. M. auf ca. 307 m ü. NN. Das Plangebiet befindet sich in dem Flurstück 20/40. Östlich grenzt es an den vorhandenen Sportplatz, Flurstück 20/39, nördlich grenzt es an die Eichhornstraße, Flurstück 25/22. Alle Flurstücke liegen in der Gemarkung Haimbach, Flur 1.

58 Ja-Stimme(n), 1 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

## **267/2018 SVV**

Aktuelle Stunde, Anfragen und Anträge - SV 27.08.2018

### 1. Aktuelle Stunde:

Zur „Aktuellen Stunde“ liegt eine Anfrage vor:

1. Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. den „Frankfurter Kulturpass“

Die Antwort gibt der Oberbürgermeister

### 2. Anfragen:

Es liegen 27 Anfragen sowie 1 Antrag zur unmittelbaren Behandlung vor:

1. Anfrage der CDU-Fraktion betr. Schülerzahlen und Lehrerversorgung
2. Anfrage der SPD-Fraktion betr. das Mehler-Areal
3. Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. die Unterbringung - Musik-Initiativen L14
4. Antrag der LioM FD-Fraktion betr. den Erlass einer Informations- und Transparenzsatzung
5. Anfrage der CWE-Fraktion betr. die Einrichtung einer „kleinen Markthalle“
6. Anfrage der FDP-Fraktion betr. Erdarbeiten am Bahn-Schulungszentrum
7. Anfrage der Fraktion ehem. Rep betr. Graffiti-Beschädigungen
8. Anfrage der CDU-Fraktion betr. die Radwegeverbindung Haimbach – Mittelrode
9. Anfrage der SPD-Fraktion betr. die neue Zuordnung von Berufsfeldern und Ausbildungsberufen
10. Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. die Einrichtung einer Kleinmarkthalle
11. Anfrage der LioM FD-Fraktion betr. Erhebung von Straßenbeiträgen
12. Anfrage der CWE-Fraktion betr. Integrationskurse
13. Anfrage der FDP-Fraktion betr. Zugang und Öffnungszeiten im Rosenbad
14. Anfrage der Fraktion ehem. Rep betr. Wärmeverbundsysteme auf Polystyrol-Basis
15. Anfrage der CDU-Fraktion betr. Archiv und Bibliothek des Heimatkreises Leitmeritz
16. Anfrage der SPD-Fraktion betr. den Bedarf an Sozialwohnungen und die Wohnraumversorgung
17. Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. die Situation der Ausländerbehörde
18. Anfrage der LioM FD-Fraktion betr. RhönEnergie, Gebäudenutzung und Kohleverstromung
19. Anfrage der CWE-Fraktion betr. die Umgestaltung des Jesuitenplatzes
20. Anfrage der Fraktion ehem. Rep betr. Anschaffung von Elektroautos
21. Anfrage der CDU-Fraktion betr. die Ausbreitung der Herkulesstaude
22. Anfrage der SPD-Fraktion betr. die Sauberkeit in der Innenstadt
23. Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. fußläufige Erschließung Kindergarten Sonnenblume
24. Anfrage der LioM FD-Fraktion betr. Bezug des „Werner-Towers“
25. Anfrage der SPD-Fraktion betr. Unwetter und Starkregen
26. Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. das Mehler-Gelände
27. Anfrage der LioM FD-Fraktion betr. Veranstaltungen zum Stadtjubiläum
28. Anfrage der LioM FD-Fraktion betr. die Wasserversorgung während der Trockenperiode

Die Anfragen Nr. 2 und 5 beantwortet der Oberbürgermeister, die Anfragen Nr. 1 und 9 der Bürgermeister und die Anfragen Nr. 3 und 6 bis 8 der Stadtbaurat. Die Antworten sind der Nie-

derschrift als Anlage beigefügt.

Der Antrag Nr. 4 wird eingebracht und beraten. Im Zuge der Beratung beantragt die Antragstellerin, den Antrag an den zuständigen Fachausschuss zu überweisen. Dieser Antrag wird bei

28 Ja-Stimmen (SPD, Grüne, LioM FD, FDP, Rep, Stv Wehner) und 31 Nein-Stimmen (CDU, CWE) mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend wird über den Grundantrag abgestimmt. Dieser wird bei

22 Ja-Stimmen (SPD, Grüne, LioM FD, 2 Stimmen Rep), 36 Nein-Stimmen (CDU, CWE, FDP, Stv Wehner) und 1 Enthaltung (1 Stimme Rep) mehrheitlich abgelehnt.

Die unerledigt gebliebenen Anfragen Nr. 15 und 16 sollen gemäß § 13 Abs. 6 der Geschäftsordnung in die nächste Sitzung übertragen und die restlichen schriftlich beantwortet werden.

### 3. Anträge:

Folgende Anträge wurden zur Überweisung an die zuständigen Fachausschüsse eingereicht:

1. Antrag der SPD-Fraktion betr. die Durchführung einer Veranstaltung „100 Jahre Weimarer Verfassung“

#### **Schul-, Kultur- und Sportausschuss**

2. Antrag der SPD-Fraktion betr. die Erstellung eines Verkehrskonzeptes für die westlichen Stadtteile Fuldas

#### **Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr**

3. Antrag der CDU-Fraktion betr. die Vorhaltung und Weiterentwicklung von Gewerbe- und Industrieflächen auf dem Mehler-Areal

#### **Ausschuss für Bauwesen, Stadtplanung und Umwelt**

4. Antrag der LioM FD-Fraktion betr. die Unterstützung von „Traumaberatern zur Beratung bei Kriegs- und Fluchtraumata“

#### **Ausschuss für Soziales, Familie und Jugend**

5. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. die Untersagung der Verwendung von Plastik-Einweggeschirr in städtischen Einrichtungen

#### **Ausschuss für Bauwesen, Stadtplanung und Umwelt**

6. Antrag der LioM FD-Fraktion betr. das Konzept der Absperrung des Schossgartens bei Domplatzkonzerten

#### **Schul-, Kultur- und Sportausschuss**

7. Antrag der LioM FD-Fraktion betr. die Unterbindung der Nutzung des Schlossgartens als Parkplatz bei Veranstaltungen in der Pauluspromenade

#### **Schul-, Kultur- und Sportausschuss**

Die Antworten zu den Anfragen werden zur Kenntnis genommen, die Anträge werden an die zuständigen Fachausschüsse überwiesen.

Zur Kenntnis genommen

### **268/2018 SVV**

Bericht über die Tätigkeit der Ausschüsse - SV 27.08.2018

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung nehmen den als Tischvorlage ausgehändigten Bericht über die Tätigkeit der Ausschüsse gemäß § 12 Abs. 4 der Geschäftsordnung zur Kenntnis. Weitere Wortmeldungen gibt es nicht. Die Beschlüsse der Ausschüsse werden insofern bestätigt.

Es handelt sich um folgende Anträge:

### **Ausschuss für Bauwesen, Stadtplanung, und Umwelt:**

Antrag Fraktion ehem. Rep zur Wiederherstellung der Straßenbeleuchtung in der Memelstraße

### **Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr:**

Antrag der SPD-Fraktion betr. die Anhebung des Wegeniveaus des Fuß- und Radweges durch die Fuldaaue

Antrag der FDP-Fraktion - die Stadt möge Gespräche mit Bahnverantwortlichen zu einer Optimierung der Parksituation hinter dem Bahnhof führen

Antrag der Fraktion ehem. Rep betr. die Aufpflasterung nördlich des Paulustors

Zur Kenntnis genommen

### **261/2018 SVV**

Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2017 des Eigenbetriebes „Parkstätten, Energie und Wasser Fulda“

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Herber Niewelt Witzel GmbH, Fulda, über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2017 sowie des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2017 zur Kenntnis. Der Buchführung und dem Jahresabschluss sowie dem Lagebericht wurde der Bestätigungsvermerk uneingeschränkt erteilt.

Sie beschließt:

- den Jahresabschluss des Eigenbetriebes „Parkstätten, Energie und Wasser Fulda“ zum 31.12.2017 festzustellen.
- von dem Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2017 in Höhe von 3.464.250,31 € an den allgemeinen Haushalt der Stadt Fulda 1.423.925,87 € auszuschütten. Der verbleibende Betrag von 2.040.324,44 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.
- der Betriebsleitung sowie der stellvertretenden Betriebsleitung für das Geschäftsjahr 2017 Entlastung zu erteilen.

Einstimmig, 4 Enthaltung(en)

### **245/2018 SVV**

Einstellentgelte der städtischen Parkeinrichtungen des Eigenbetrieb "Parkstätten, Energie und Wasser Fulda"

Die Neufassung der Einstellentgelte für die städtischen Parkeinrichtungen des Eigenbetrieb „Parkstätten, Energie und Wasser Fulda“ wird gemäß den vorgelegten Änderungen der Parkgebühren mit Wirkung zum 01.09.2018 beschlossen. Die letzte Anpassung der Einstellentgelte erfolgte zum 01.01.2012.

Es wird, analog der Beschlussfassung über die Einstellbedingungen, der Titel um die Bezeichnung „für Kraftfahrzeuge“ ergänzt. Er lautet dann wie folgt:

**„Einstellentgelte für Kraftfahrzeuge für die städtischen Parkeinrichtungen des Eigenbetrieb „Parkstätten, Energie und Wasser Fulda“**

43 Ja-Stimme(n), 16 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

Der Schriftführer

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Helmut Herchenhan

Margarete Hartmann

**Anlage zur Niederschrift der Stadtverordnetenversammlung vom 18.06.2018**

**1. Anfrage der CDU-Fraktion betr. Schülerzahlen und Lehrerversorgung**

**Antwort von Bürgermeister Wehner**

Frage1:

Welche Schülerzahlen sind in den Eingangsklassen auf den weiterführenden Schulen in städtischer Trägerschaft zu verzeichnen?

Antwort:

Insgesamt sind in den fünften Klassen 455 Schüler eingeschult worden. Diese Anzahl beinhaltet sowohl die Kinder aus dem Landkreis und der Stadt Fulda.

	<b>Gesamt- schülerzahl 2018 / 2019</b>	<b>Anzahl Klassen 2018/2019</b>	<b>Gesamt- schülerzahl 2017/2018</b>	<b>Anzahl Klassen 2017/2018</b>
<b>Domschule</b>	20	1	21	1
<b>Bardo-Hauptschule</b>	29	2	25	2
<b>Geschwister-Scholl-Schule</b>	19	1	13	1
<b>Bardo-Realschule</b>	85	3	72	3
<b>Heinrich-von-Bibra-Schule</b>	69	3	95	4
<b>Freiherr-vom-Stein-Schule</b>	109	4	159	6
<b>Rabanus-Maurus-Schule</b>	124	5	118	5
	<b>455</b>	<b>19</b>	<b>503</b>	<b>22</b>

An den Hauptschulen konnten so insgesamt 4 Klassen, an den Realschulen 6 Klassen und an den Gymnasien 9 Klassen eingerichtet werden.

Gegenüber dem Vorjahr ist ein Rückgang der Schüler in den Eingangsklassen der städtischen Schulen zu verzeichnen. Dies betrifft insbesondere die Heinrich-von-Bibra Schule und die Freiherr-vom-Stein-Schule.

Frage 2:

Welche Zahlen zur Lehrerversorgung in diesen Schulen sind dem Magistrat bekannt?

Antwort:

Die Lehrerversorgung an den einzelnen Schulen unterliegt der inneren Schulverwaltung, sodass dem Schulträger diese Angaben nicht vorliegen und er auch keinen Einfluss darauf nehmen kann.

Eine Rückfrage beim Staatlichen Schulamt für den Landkreis Fulda hat ergeben, dass die Unterrichtsabdeckung an allen weiterführenden Schulen in der Trägerschaft der Stadt Fulda mindestens 104% der Grundunterrichtsversorgung beträgt.

Frage 3:

Ab wann wird in welchen Schulen unterrichtsbegleitende Schulsozialarbeit möglich sein?

Antwort:

Die unterrichtsbegleitende Unterstützung durch sozialpädagogische Fachkräfte ist eine Aufgabe des Landes Hessen und gehört zur inneren Schulverwaltung. Die Fachkräfte sind Mitarbeiter des Landes Hessen. Dies bedeutet, dass der Schulträger auf das Ausschreibungsverfahren, das Stellenbesetzungsverfahren und den Zeitpunkt der Einstellung keinen Einfluss hat.

Auf Nachfrage beim Staatlichen Schulamt für den Landkreis Fulda erhalten wir folgende Aussage: Als spätester Besetzungstermin ist in allen Schulen der 01.02.2019 geplant. Einzelaussagen zu den im Verfahren befindlichen Stellenausschreibungen sind schwierig, da der Verlauf des Besetzungsverfahrens nicht immer vorhersehbar ist. Auch nach erfolgter Auswahl einer UBUS-Kraft kann nicht immer eine sofortige Besetzung erfolgen, da u.a. Kündigungsfristen der Personen bei ihren jetzigen Arbeitgebern zu beachten sind. Stellenplantechnisch stehen alle Stellen aber bereits zur Verfügung.

Für die Grundschulen im Stadtgebiet gilt, dass 3 Stellen bereits besetzt werden konnten, während sich 2 Schulen noch im Verfahren befinden. Die weiterführenden und beruflichen Schulen befinden sich noch im Besetzungsverfahren. Dies liegt aber auch daran, dass der Erlass für die Sekundarstufe I erst zum 01.07.2018 vorlag.

<b>Grundschulen Stadt</b>	<b>Besetzungstermin</b>	<b>im Verfahren</b>	<b>Stellenanteile</b>
Bardoschule		X	0,25
Cuno-Raabe-Schule	23.06.2018		0,5
Sturmiusschule	01.09.2018		0,5
Geschwister-Scholl-Schule	04.08.2018		0,25
Domschule		X	0,25
Astrid-Lindgren-Schule	keine Angaben		0,25
Bonifatiuschule	keine Angaben		0,5
Adolf-von-Dalberg-Schule	keine Angaben		0,25
<b>SEK-Schulen Stadt</b>	<b>Besetzungstermin</b>	<b>im Verfahren</b>	<b>im Verfahren</b>
Bardoschule		X	0,75
Domschule		X	0,75
Geschwister-Scholl-Schule		X	0,5
Heinrich-von-Bibra-Schule		X	0,5
Freiherr-vom-Stein-Schule		X	0,5
Rabanus-Maurus-Schule		X	0,25
<b>BS-Schulen Stadt</b>	<b>Besetzungstermin</b>	<b>im Verfahren</b>	<b>im Verfahren</b>
Ferdinand-Braun-Schule		X	0,25
Richard-Müller-Schule		X	0,25

## **2. Anfrage der SPD-Fraktion betr. „Mehler-Areal“**

**Antwort von Oberbürgermeister Dr. Wingefeld**

Frage:

Welche Initiativen hat der Magistrat bisher unternommen, um bei einem möglichen Verkauf des „Mehler-Areals“ städtebaulich Einfluss nehmen zu können?

Antwort:

Die Eigentümerin des sog. Mehler-Areals, die KAP-AG, hat vor der Veröffentlichung der Verkaufsabsicht die Stadt Fulda über die geplante Transaktion informiert. Erfreulich ist dabei aus Sicht der Stadt zunächst, dass die KAP-AG klargestellt hat, dass sich die Unternehmensgruppe auch für die Zukunft zum Standort Fulda bekennt.

Auf dieser Basis wurden verwaltungsintern zunächst die bau- und stadtplanungsrechtlichen Rahmenbedingungen für das insgesamt rund 17 Hektar große Areal geprüft. Im Ergebnis ist festzuhalten, dass ein wesentlicher Teil der Fläche als Industriegebiet eingestuft ist. Aufgrund der Angaben der Eigentümerin ist darüber hinaus davon auszugehen, dass fast alle gewerblichen Gebäude auch künftig durch die dort tätigen Firmen auf der Basis von Mietverträgen genutzt werden sollen.

Vor dem Hintergrund, dass die Fläche rechtlich für die gewerbliche bzw. industrielle Nutzung definiert ist und mit einem Verbleib der am Standort aktiven Unternehmen zu rechnen ist, sind derzeit auf die Sicht von mehreren Jahren keine relevanten städtebaulichen Entwicklungsmöglichkeiten erkennbar. In Anbetracht dieser Rahmenbedingungen kann auf absehbare Zeit insbesondere kein Wohnraum in nennenswertem Maß geschaffen werden.

Im Ergebnis ist davon auszugehen, dass das Areal auch mittel- und langfristig für Gewerbe und Industrie zur Verfügung stehen wird. Dies ist aus Sicht der Stadt auch mit Vorteilen verbunden. Die aktuell unerfreuliche Entwicklung der Gewerbesteuer zeigt, wie sehr die Stadt darauf angewiesen ist, Gewerbe- und Industrieflächen zur Verfügung stellen zu können.

Für die zeitnahe Schaffung von Wohnraum sind durch die Entscheidungen der städtischen Gremien an anderen Orten der Stadt wie z.B. in Haimbach, dem Kleingartenareal oder an der Langebrückenstraße gute Möglichkeiten geschaffen worden.

### **3. Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. räumliche Unterbringung der Musik-Initiativen der L14 und des „Underground“**

#### **Antwort von Stadtbaurat Schreiner**

Frage 1:

Gibt es von Seiten der Stadt Pläne für die Unterbringung der Musikinitiativen der L14 und einen neuen Standort für das „Underground“?

Antwort:

Die Stadt hat den Umzug von Initiativen unter dem Dach der AWO bislang unterstützt und das Interesse der Initiativen, zusammenbleiben zu wollen, stets respektiert. Für den Umzug weiterer Initiativen könnten wir ebenfalls Unterstützung anbieten. Verfügbare adäquate innerstädtische Räumlichkeiten sind uns derzeit nicht bekannt.

Die Stadt hat darüber hinaus keine Pläne für die Unterbringung von einzelnen Initiativen.

Frage 2:

Wie ist der Planungsstand den Betriebshof betreffend?

Antwort:

Für den Betriebshof wurde ein erstes Konzept erstellt und dem Fördergeber vorgelegt. Auf dieser Basis werden nun die weiteren Planungsschritte vollzogen. Konkrete Termine zu Fertigstellungen einzelner Bauabschnitte stehen noch nicht fest.

Frage 3:

Sieht die Planung der Stadt Fulda vor, alle Initiativen zukünftig wieder an einem gemeinsamen Ort zu vereinen?

Antwort:

Die Stadt Fulda ist erfreut, dass es gelungen ist, sowohl den Großteil der Initiativen L14 als auch das Kino 35 interimweise zu verlagern. Erste Überlegungen bei der Umnutzung des Betriebshofes sehen Möglichkeiten vor, Initiativen und das Kino dort zu etablieren. Die Zukunft hängt von vielen – heute nicht abschätzbaren – Bedingungen ab, wie Fördermitteleinsatz, alternative Unterbringung der Betriebshoffahrzeuge und Gerätschaften und nicht zuletzt von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Initiativen über eine Projektförderung über 2019 hinaus.

#### **4. Antrag der LiOM FD-Fraktion betr. den Erlass einer Informations- und Transparenzsatzung**

#### **5. Anfrage der CWE-Fraktion betr. die Einrichtung einer „kleinen Markthalle“**

##### **Antwort von Oberbürgermeister Dr. Wingenfeld**

Frage 1:

Sieht der Magistrat die Möglichkeit, bei den anstehenden Planungen für Hesseitag und Landesgartenschau, eine solche Halle in die Überlegungen mit aufzunehmen?

Frage 2:

Wie schätzt der Magistrat die Möglichkeit ein, eine Markthalle im Bereich des Bahnhofes zu installieren?

Antwort:

Eine „Kleinmarkthalle“ in der aus Frankfurt bekannten Größenordnung erscheint in der Stadt Fulda nicht realistisch.

Gleichwohl wäre es aus meiner Sicht erstrebenswert, einen zentral gelegenen Ort anbieten zu können, wo es sowohl Touristen als auch den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht wird, im Schwerpunkt heimische Produkte aus Fulda und Umgebung erwerben und genießen zu können. Hier könnte noch erhebliches Potential für die Vermarktung regionaler Produkte aus Fulda, Rhön und Vogelsberg liegen. Ein solches Angebot könnte aber weder von einem einzelnen Unternehmen noch von der Stadt allein gestemmt werden. In Betracht könnte deshalb ein gemeinsames Projekt mit der IHK und dem Landkreis unter Federführung der Region Fulda GmbH kommen.

Die Stadt Fulda ist gemeinsam mit dem Landkreis Fulda und der IHK Gesellschafter der Region Fulda GmbH. Dort werden gemeinsame Aktivitäten, die die Wirtschaft der Region fördern, geplant und umgesetzt. Eines der Ziele des regionalen Standortmarketings ist es, dass Produkte aus der Region in der Innenstadt von Fulda angeboten werden.

Die Projektidee wird aktuell sehr intensiv geprüft. Eine solche Einrichtung könnte zur weiteren Steigerung der touristischen Attraktivität beitragen und ein zusätzlicher Anziehungspunkt in der Innenstadt werden.

Für diese Projektidee werden mehrere mögliche Standorte, u.a. der Bahnhofsbereich geprüft.

#### **6. Anfrage der FDP-Fraktion betr. Deutsche Bahn Schulungszentrum**

##### **Antwort von Stadtbaurat Schreiner**

Frage 1:

Sind im Rahmen der Erdarbeiten für das Deutsche Bahn Schulungszentrum Altlasten gefunden worden bzw. Kosten für die Altlastenentsorgung angefallen und gegenüber der Stadt geltend gemacht worden?

Antwort:

Ja, es sind entsorgungspflichtige Bodenverunreinigungen gefunden worden. Diese waren gemäß Altflächenkataster auch erwartet worden. Sie wurden unter Beauftragung und Begleitung

durch das Regierungspräsidium Kassel/Außenstelle Bad Hersfeld ordnungsgemäß entsorgt. Die Kosten werden nach Prüfung und Freigabe der Belege durch den Leiter des Tiefbauamtes am Ende des Bauvorhabens berechnet.

## **7. Anfrage der Fraktion ehem. Rep betr. Graffiti-Beschädigungen auf Hausfassaden**

### **Antwort von Stadtbaurat Schreiner**

Frage 1:

Gibt es eine finanzielle Hilfe für Fuldaer Hausbesitzer, welche durch Graffiti, zumal mit politischem Hintergrund, geschädigt wurden?

Antwort:

Nein.

Frage 2:

Wenn nein, könnte sich der Magistrat vorstellen, dass eine Art Entschädigungsfond für Hausbesitzer eingerichtet wird, durch den dann die Hauseigentümer anteilig ihren Schaden ersetzt bekommen könnten?

Antwort:

Es gilt das Verursacherprinzip. Schadensersatzforderungen müssen im Einzelfall geregelt werden.

## **8. Anfrage der CDU-Fraktion betr. den Radweg Haimbach-Mittelrode**

### **Antwort von Stadtbaurat Schreiner**

Frage 1:

Wurden die notwendigen Grunderwerbe für den 2. Bauabschnitt inzwischen getätigt?

Frage 2:

Wurden die Fördermittel für den 2. Bauabschnitt beantragt bzw. bewilligt?

Frage 3:

Welcher Zeitplan für die Umsetzung der Maßnahmen im 2. Bauabschnitt ist vorgesehen?

Antwort:

Die notwendigen Grunderwerbe sind seit kurzer Zeit abgeschlossen worden. Da nun alle baurechtlichen und förderrechtlichen Voraussetzungen für den 2. Bauabschnitt (zwischen Haimbach und Westring) vorliegen – d.h. neben dem Grunderwerb, auch die naturschutzrechtliche und wasserrechtliche Genehmigung –, kann das Baurecht für die Baumaßnahme beantragt werden.

Der 2. Bauabschnitt des Geh- und Radweges zwischen Haimbach und Mittelrode wurde zur Förderung nach GVFG (kommunaler Straßenbau) angemeldet und ins Programm für das Jahr 2019 aufgenommen. Der förmliche Antrag wird in Kürze gestellt; das erfolgreiche Grundstücksgeschäft ist hierfür Voraussetzung.

Das gleiche gilt für den 3. Bauabschnitt (zwischen Westring und Mittelrode –Straße "Finken-berg").

Der Baubeginn für die beiden Bauabschnitte ist für das kommende Jahr 2019 vorgesehen. Mit der voraussichtlichen Fertigstellung im Jahr 2020 kann eine verkehrssichere durchgehende Geh- und Radwegverbindung zwischen Haimbach und Mittelrode von Radlern und Fußgängern genutzt werden.

## 9. Anfrage der SPD-Fraktion betr. berufliche Schulen

### Antwort von Bürgermeister Wehner

Frage 1:

Wer hat die Verhandlungen geführt?

Frage 2:

Wurden die beruflichen Schulen der Region in den Findungsprozess einbezogen?

Antwort:

Da beide Fragen inhaltlich nur schwer zu trennen sind, werden diese gemeinsam beantwortet: Die Schulentwicklungsplanung im Bereich der Berufsschulen ist bereits seit einiger Zeit nicht nur Thema auf örtlicher Ebene, sondern wird besonders auch auf Landesebene vorangetrieben. Auch unter den Schulträgern Landkreis und Stadt Fulda fanden unter Beteiligung des Staatlichen Schulamtes für den Landkreis Fulda und den Schulleitern / Schulleiterinnen der beruflichen Schulen in den vergangenen Jahren immer wieder Gespräche zu dem Thema einer möglichen Neuordnung der Fachklassen an den beruflichen Schulen statt, ohne dass aber konkrete Ergebnisse erzielt werden konnten.

Durch das Staatliche Schulamt für den Landkreis Fulda wurde Anfang diesen Jahres die Thematik einer möglichen Neuordnung der Ausbildungsberufe verbunden mit der Bildung von Kompetenzzentren - auch im Hinblick auf die von den benachbarten Schulträgern durchgeführten Neuordnungen - wieder aufgenommen. Die ersten Gespräche fanden auf der Ebene der Schulträger und des Staatlichen Schulamtes ohne Beteiligung der Schulleitungen der beruflichen Schulen statt. Ziel dieser Vorabgespräche war es, mögliche Verbesserungsvorschläge und Lösungsansätze unter den Schulträgern zu erörtern.

Unter Abwägung der Vor- und Nachteile einer solchen Neustrukturierung und im Hinblick auf die an der Ferdinand-Braun-Schule zu tätigen Investitionen im Bereich der Werkstätten und der Automatisierung wurden dann zwei Vorschläge erarbeitet, die Anfang August den Schulleitungen vorgestellt wurden.

In dieser Sitzung wurden dann gemeinsam mit den Schulleitungen und den Vertretern von Industrie- und Handelskammer sowie Kreishandwerkerschaft die vorgestellten Möglichkeiten diskutiert und eine Variante favorisiert, die nunmehr sowohl in den Schulen als auch in den betroffenen Verbänden und Innungen diskutiert und bewertet werden soll. Eine Rückmeldung der beteiligten Akteure in diesem Prozess wird bis zum 31.08.2018 erwartet, wobei die Industrie- und Handelskammer Fulda und die Kreishandwerkerschaft Fulda bereits signalisiert haben, die Intention und Zielsetzung des vorgelegten Vorschlags ausdrücklich zu begrüßen.

Frage 3:

Welche Auswirkungen sind für die beruflichen Schulen in Trägerschaft der Stadt Fulda zu erwarten?

Antwort:

Zielsetzung der angestrebten Neuaufteilung ist:

- Die konsequentere Ausrichtung der beruflichen Schulen auf Kompetenzschwerpunkte
  - Die Stärkung der einzelnen Schulstandorte in ihrer technischen und personellen Ausstattung
  - Der Wegfall von kleinräumigen Sonderlösungen zugunsten der Stärkung der einzelnen Kompetenzzentren
  - Damit verbunden: Stärkung des Wirtschaftsstandorts Fulda durch einheitliche Beschulung der Auszubildenden
  - Schwerpunktbildung in den Bereichen Metall und Tischler/Holzmechaniker, Metall in Zukunft an der Ferdinand-Braun-Schule, Tischler/Holzmechaniker an der Konrad-Zuse-Schule
- Ausdrücklich wird an dieser Stelle betont, dass die Neuaufteilung der Fachklassen keinen Einfluss auf den Standort des Beruflichen Gymnasiums an der Ferdinand-Braun-Schule haben wird. Durch die Konzentration des Metallbereichs an der Ferdinand-Braun-Schule wird diese erheblich gestärkt und ist damit das führende Zentrum der Region in diesem Bereich. Der Zeitpunkt der Umsetzung ist abhängig von dem Ablauf der baulichen Maßnahmen. Frühestens zum

Schuljahr 2020/2021 ist die Umsetzung der Neuordnung zu erwarten. Zuvor werden selbstverständlich umfassende Gremienbeteiligungen in den betroffenen Schulen, Institutionen, Verbänden und auf kommunaler Ebene erforderlich sein. U. a. werden auch die Schulentwicklungspläne der beteiligten Schulträger anzupassen sein. Mit der Umsetzung dieses Vorschlages wird es möglich werden, Kompetenzzentren zu schaffen, die durch ihre räumliche wie technische Ausstattung in der Lage sind, eine Ausbildung auf höchstem Niveau für alle Auszubildenden einer Fachrichtung sicherzustellen. Aktuell gibt es diesbezüglich an den zwei Standorten noch erhebliche Unterschiede.